



Aus der Fraktion kurz berichtet

Grundsteuer gesenkt

Mit dem vorzeitigen Wegfall des Kommunal-Soli fällt die Zusatzbelastung für den Ratinger Haushalt von rd. 4,5 Millionen Euro pro Jahr weg. Aus diesem Grund wurde der CDU-Vorschlag, den kommunalen Hebesatz der Grundsteuer B wieder um 23 Prozent-Punkte auf 400 Prozent zu senken, beschlossen. Dies entspricht einer Senkung um rund fünf Prozent.

Stadt investiert in Schule

Die Friedrich-Ebert-Schule, die bereits als Modellschule für moderne IT und Medien benannt ist, soll auf Beschluss des Rates noch in 2018 mit modernstem Computer-Equipment ausgestattet werden. Der Bolzplatz neben der Schule wird 2019 voraussichtlich um einige Meter verlagert und anschließend eine neue Sporthalle für die Realschule gebaut, die die CDU-Fraktion angemahnt hat.

Platz für Kindertagesstätte

Für eine der in Ratingen-Mitte erforderlichen weiteren Kindertagesstätte haben die Fraktionen von CDU und BU einen möglichen Standortvorschlag: Wenn der Sportplatz an der Schwarzbachstraße „überarbeitet“ wird, kann dort eine Reservefläche von rund 2.500 Quadratmetern im Randbereich des Geländes berücksichtigt werden. Die Sportfläche bleibt dabei dauerhaft erhalten.

Gebühren bleiben stabil

Schon in den letzten Jahren hat es in Ratingen keine Erhöhung der ohnehin sehr moderaten Gebühren mehr gegeben. Die gute Nachricht: auch für 2018 bleibt es bei den günstigen Gebühren für Müll, Abwasser, Straßenreinigung und Winterdienst.

Jugendkulturjahr 2020

Der Rat hat dem CDU-Antrag einstimmig zugestimmt und Gelder für die Planung eines Jugendkulturjahres in 2020 bewilligt. Damit soll an den großen Erfolg des Jugendkulturjahres 2007 angeknüpft werden. Viele Jugendliche haben sich damals engagiert und erlebt, wie viel Freude eine gemeinsame Sache machen kann und gemeinsam den Erfolg zu feiern – unabhängig von sprachlichen und sozialen Barrieren.

Impressum

CDU-Fraktion Ratingen
Hans-Böckler-Straße 1
40878 Ratingen
Telefon 0 21 02 / 5 50 - 12 10
Telefax 0 21 02 / 5 50 - 91 21
info@cdu-fraktion-ratingen.de
www.cdu-fraktion-ratingen.de

V.i.S.d.P.: Ewald Vielhaus
Vorsitzender CDU-Fraktion

Oliver Flohr ist der neue Mann in der Stadtverwaltung

Leger gesagt ist Oliver Flohr ein sehr schlaues Haus. Die Liste seiner absolvierten Studienabschlüsse und

Flohr wird neuer Beigeordneter und das am 1. April 2018. Immerhin ist er am 28. November vom Rat der Stadt

in die Gegenwart und die Vergangenheit und kann ebenfalls mit einem attraktiven Beschäftigungsfeld renom-



bestandenen Fortbildungen ist ellentlang. Und nicht nur das – sie ist auch noch bedeutend.

Die Nagelprobe aufs Erlernte werden die Ratinger in wenigen Monaten machen können, wenn der so Beschriebene bei der Stadt Ratingen seinen neuen Job anfängt: Oliver

einstimmig gewählt worden. Aktuell ist er noch als allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters, Leiter Personal und Organisation, IT-Steuerung und Mitglied des Verwaltungsvorstands an seinem derzeitigen Arbeitsplatz in Lindlar beschäftigt. Er blickt nach vorn und hat eine Menge interessanter Aufgaben vor der Brust. Er blickt

mieren: In Lindlar gehören außer dem oben genannten folgende Bereiche dazu: Bürgermeister- und Ratsbüro, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Klimaschutz, Recht, Versicherungen und Zentrale Dienste, Sicherheit und Ordnung, Feuerschutz, Friedhof- und Personenstandswesen, Schulen, Familie, Jugend, Kultur und Archiv.

Neujahrsgrüße des Fraktionschefs mit einem Ausblick auf 2018

Liebe Ratingerinnen, liebe Ratinger,

die Weichen für das neue Jahr sind gestellt: Mit der Haushaltsverabschiedung kurz vor Weihnachten sind die wesentlichen Eckdaten für die Weiterentwicklung unserer Stadt festgelegt worden.

Auf Grund einer klugen Wirtschaftspolitik verfügt die Stadt über gute Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Der Wegfall des Kommunal-Soli entlastet die Stadtkasse noch einmal zusätzlich, so dass ein ausgeglichener Haushalt vorliegt. Deshalb ist es möglich, in den beiden nächsten Jahren die Rekordsumme von 100 Millionen Euro für Investitionen in Schulen, Kitas, Verkehrsinfrastruktur sowie für Freizeit- und Kulturangebote bereit zu stellen.

Damit schaffen wir nicht nur gute Schulen, sondern werden auch mittelfristig den Anspruch auf einen Kitaplatz sicherstellen können. Parallel dazu geht der Glasfaserausbau für eine „digitalisierte“ Stadt zügig voran, auch wenn das zurzeit mit lästigen Baustellen und Verkehrs-umleitungen verbunden ist.

Der Rat ist ebenfalls dem CDU-Antrag gefolgt, die Grundsteuer abzusenken, die wegen des Kommu-

nal-Soli erhöht wurde. Dies bringt rund eine Millionen Euro Entlastung pro Jahr für die Ratinger Bürger und Unternehmen.

Aber eine der größten Baustellen, die wir im nächsten Jahr angehen werden, ist die Planung der Verkehrsströme in Ratingen-Ost und in Ratingen-Mitte. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor für Unternehmensentscheidungen.



Ewald Vielhaus,
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Davon profitiert auch das neue Schwarzbach-Quartier auf dem ehemaligen Balcke-Dürr-Gelände.

Dabei würden der Anschluss an die A44 und die Ertüchtigung der Westbahn sowie ein kürzerer Zeittakt bei der S6 für den gesamten innerstädtischen Verkehr erhebliche Entlastungen mit sich bringen.

Wir werden hier im Laufe des Jahres die notwendigen kommunalpolitischen Entscheidungen treffen. Auch die Signale aus der Landespolitik sind vielversprechend, dass alles getan wird, um diese Verkehrsvorhaben voran zu bringen. Darüber hinaus wurde mit dem Aufstellungsbeschluss für den Regionalplan Planungssicherheit für die Städte und Gemeinden geschaffen. So können neue Flächen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie ausgewiesen werden. Für Ratingen bedeutete das unter anderem, dass Breitscheid durch neue Bauvorhaben endlich zusammenwachsen kann.

Sieben Jahre hat diese Arbeit gedauert – und wie mühsam es war, konnte ich als CDU-Vertreter des Kreises Mettmann hautnah erleben. Aber die Ergebnisse zählen. In diesem Sinne werden wir auch im nächsten Jahr die Kommunalpolitik in Ratingen gestalten. Unsere Stadt soll lebens- und liebenswert bleiben.

Herzlichst, Ihr Ewald Vielhaus

Keine Baumschutzsatzung

Der Rat der Stadt hat jetzt beschlossen, dass es keine Baumschutz-Satzung geben wird. Bei Fragen können sich Bürger beraten lassen, wenn sie unsicher sind, ob der Baum krank ist, gefällt werden muss, kann, darf ...

Damit sollen vor allem die Negativeffekte wie vorsorgliches Fällen oder Vermeidung von Baumpflanzungen entfallen. Stattdessen soll die Verwaltung Bürgeranfragen zum Erhalt von Bäumen, Beurteilung von Standfestigkeit, Krankheit, etc. positiv begleiten und Hilfestellung leisten.

In der Ausschreibung, mit der die Ratinger „geloct“ haben, heißt es unter anderem: „Die Stadt greift die Herausforderungen der zukunftsorientierten Digitalisierung der Verwaltungsprozesse proaktiv auf“. Man suchte also eine Person, die wach im Hier und Jetzt steht, mit den digitalen Künsten jonglieren kann und auch noch andere Fähigkeiten meisterlich beherrscht, um sich einerseits selbst keinen Sand ins Getriebe zu werfen, andererseits dem Gemeinwesen sinnbringend zu dienen.

Kurz und knapp: Er muss seinen Job beherrschen und sollte gut mit den Kollegen zurecht kommen. Was Oliver Flohr einerseits bereits bewiesen hat und andererseits selbst anstrebt. „Wenn man mit Spaß arbeitet, kann man viel erfolgreicher sein“, sagt er.

Er hat es erfahren als Gastdozent an der Humboldt-Universität Berlin, als Director Human Resources and Organisation bei der Bundesagentur für Außenwirtschaft, als Organisationsberater beim Bundesverwaltungsamt, als Praktikant bei den Politikern Herbert Reul und Wolfgang Bosbach, als IT-Koordinator bei der Stadt Neuss und als Prokurist bei der Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungs-GmbH Lindlar – um nur ein kleines Beschäftigungssortiment aufzuzählen. Und dazu kommt seine segensreiche Ausbildung, berufsbegleitend erworben, als Mediator und Changemanager.

Flohr ist in Neuss geboren, aber kein Schütze. Er hat einen Hund, aber nur am Wochenende. Geht im Digitalen auf, aber besitzt einen der schon seit vielen Jahren prachtvollsten Füllfederhalter. Trinkt gerne Cola Zero, aber keinen Alkohol. Wohnt in Köln, liebt aber Düsseldorf. Hört aufmerksam zu und kann schallend lachen. Der 39-Jährige freut sich auf die Dumeklemmerstadt Ratingen.

DKV-Erweiterung sichern

Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Optimisten bittet Bürgermeister Klaus Konrad Pesch, ein Bebauungsplanverfahren für den DKV-Erweiterungsbau einzuleiten, und zwar parallel zu einer Klage der Anwohner.

Die wurde eingereicht, obwohl in vielen Punkten die Unternehmensgruppe DKV-Euroservice den Anwohnern entgegengekommen ist. „Die Klage gefährdet nun die für das Wachstum notwendige Zeitschiene in einer standortgefährdenden Weise“, heißt es in dem Antrag. Der Rat der Stadt will den Hauptsitz der Unternehmensgruppe mit vielen qualifizierten Arbeitsplätzen in Ratingen sichern und unverändert zu dem bürgerfreundlich modifizierten Erweiterungsbauvorhaben stehen.



Rettungswache im Norden

Der neue Rettungsbedarfsplan des Kreises Mettmann schaut in die Zukunft: Im gesamten Kreis steigt die Zahl der Rettungsfahrten. Deshalb sind ein zusätzlicher Rettungswagen in der Hauptwache am Voisweg und einer in Heiligenhaus geplant – das Heiligenhauser Rettungswesen wird von Ratingen organisiert. Die stärkste Verbesserung ist im Norden der Stadt erforderlich: In einem ersten Schritt wird in der Lintorfer Rettungswache Im Kreuzfeld ein 24-Stunden-Rettungswagen installiert. Im zweiten Schritt soll Lintorf/Breitscheid eine zusätzliche „Rettungswache Nord“ mit einem Rettungs- und einem Krankentransportwagen bekommen, wegen der Erreichbarkeit möglichst im Bereich der B227/Kölner Straße. Bis zur Realisierung wird eine Interimslösung erarbeitet. Kostenträger sind im Wesentlichen die Krankenkassen. Sie müssen den festgestellten Zukunftsbedarf allerdings noch anerkennen.

Das Stellwärterhäuschen in Hösel

Ein Altertümchen fürs Jubiläums-Renommee

Bei Hänsel und Gretel heißt es: „Sie kamen an ein Häuschen von Pfefferkuchen fein. Wer mag der Herr wohl von diesem Häuschen sein?“ In Hösel ist es ein bißchen anders mit einem versteckt im Wald liegenden Häuschen: Es ist nicht aus Keksen gebaut, sondern aus durchaus konventionellen Baumaterialien, dafür aber vergessen und in einem total verwahrlosten Zustand. Es ist das alte Höseler Stellwärterhäuschen im Wald, direkt an der Höseler Bahnlinie hinter dem Parkdeck am Bahnhof.



Hier wurden Züge über viele Jahrzehnte auf das Höseler Abstellgleis geleitet, wenn die Strecke zwischen Düsseldorf und Essen zu stark frequentiert war, oder wenn Güterzüge auf ihre Beladung warteten. Ältere Mitbürger können sich bestimmt noch an die Zeiten erinnern, als auf der Bahnstrecke nicht nur die S-Bahn unterwegs war. Der letzte

Höseler Stellwärter Poppelreuter hat dort mit seiner Familie gelebt und seinen Lebensabend in der Stiftung Geschwister Gerhard in Hösel verbracht.

Einem in Hösel ansässigen Verein von Oldtimerliebhabern ist näm-

lich von der Deutschen Bahn die Immobilie zu einem symbolischen Preis zum Kauf angeboten worden. Bedingung ist dabei allerdings, dass das Objekt zukünftig ausschließlich nicht öffentlich für Vereinszwecke als Clubhaus genutzt wird. Der Verein wiederum beabsichtigt, das

Bestandsgebäude sehr kurzfristig aufwändig zu sanieren und – soweit wie möglich – in den Originalzustand zu versetzen.

Die Nachfahren des letzten Stellwärters haben dem Verein bereits ihre Hilfe bei der Restaurierung angeboten. Dazu werden sie ihr umfangreiches familiäres Fotoarchiv zur Verfügung stellen. Außerdem soll das Grundstück gärtnerisch hergerichtet werden.

Die CDU-Fraktion begrüßt und unterstützt ausdrücklich das Vorhaben, da auf diese Art und Weise eine historische Höseler Immobilie bewahrt wird. Gerade im Hinblick auf die anstehende Neugestaltung und Verschönerung des Bahnhofs und das Jubiläum „800 Jahre Hösel“ scheint der Erhalt des Stellwärterhäuschens für die CDU sehr sinnvoll – zumal das Vorhaben ohne Belastung für den städtischen Haushalt möglich werden kann. „Vielleicht kann schon in diesem Jahr das Stellwärterhäuschen in neuem Glanz erstrahlen“ so Stefan Heins, CDU-Ratscherr für Hösel.

Blockade An der Lilie lösen

Um die Zukunft des Geländes „An der Lilie“ wurde lang gestritten. Die drei großen Fraktionen im Rat der Stadt hatten sehr unterschiedliche Vorstellungen: Sportplatz, Sozialwohnungen, Einfamilien-Reihen Häuser oder KiTa standen unverwundlich im Raum.

Jetzt stellt die CDU-Fraktion gemeinsam mit der Bürger Union den Antrag für ein ausgewogenes Konzept zur Nutzung, damit es hier endlich vorangeht. „Wichtig ist uns dabei, dass wir die Wünsche der Anwohner berücksichtigen“, so Erhard Schneider, CDU-Ratsmitglied und Vorsitzender des Bezirksausschusses Ratingen-Mitte. Deshalb soll es hier künftig einerseits auf der Hälfte des ehemaligen Sportplatzes freie Grünflächen mit Freizeitsportmöglichkeiten geben, andererseits aber auch städtebaulich angepassten Wohnraum für junge Familien.

Das Konzept der Fraktionen ist detailliert: Der autofreie Weg vom Beamtengässchen bis zur Zieglerstraße soll durch die großzügige Grünflä-

che mit Parkcharakter ansprechend gestaltet werden. „Uns ist wichtig, dass die Wegeverbindung bis zum Karl-Mücher-Weg attraktiv ausgebaut wird“, ergänzt Klaus Weber, CDU-Ratsmitglied und Sprecher im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss.

An diese Fläche anschließen soll sich ein neuer Treffpunkt Ratingen-Süd, dessen Besucher die Grünfläche auch nutzen können. Beide Fraktionen tragen die bereits geplante Schulsporthalle für die Gebrüder-Grimm-Schule mit, die möglichst bald zwischen dem Schulgelände und dem ehemaligen Sportplatz gebaut werden soll.

„An der Lilie“ kann der verbleibende westliche Teil des Geländes mit Reihen- oder Doppelhaushälften bebaut werden. Die CDU-Fraktion legt Wert darauf, dass sich die Wohnbebauung gut in die Umgebungsbebauung einfügt. Außerdem erzeugt das Konzept weit weniger Verkehr als die bisherigen Planungen.

Breitbandtechnologie für Ratinger Schulen



Für das Carl-Friedrich von Weizsäcker-Gymnasium werden neun Millionen Euro für die Sanierung bereit gestellt. Neben der baulichen Umsetzung ist es auch eine logistische Herausforderung, die Schüler während der Bauphase in dem benachbarten Gebäude der ehemaligen Elsa-Brandström-Schule unterzubringen. Auch die Martin-Luther-King-Gesamtschule (MLKGS) bekommt in den nächsten Jahren einen notwendigen Erweiterungsbau, um der steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden.

Die Abschaffung der Hauptschule bedeutet nicht, dass es keine Schüler mehr gibt, für die die Hauptschule die richtige Schule wäre. Fragt man das Handwerk, werden solche Auszubildende gesucht. Beispielsweise gibt es in Baden-Württemberg so

genannte Werkrealschulen, die sehr erfolgreich potenzielle Hauptschüler fit für den Arbeitsmarkt machen. Aber es gibt noch weitere Alternativen – wie die Sekundarschule oder den Hauptschulzweig nach § 32a.

Die CDU macht sich dafür stark, dass die verschiedenen Optionen von der Verwaltung geprüft werden. Es soll die beste Lösung für die Schüler gefunden werden, damit sie einen qualifizierten Schulabschluss erreichen können und so eine echte Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Teilhabe am Arbeitsmarkt fängt in der Schule an – und das gilt für alle Schüler. Beim dem Thema muss noch erwähnt werden, dass in den nächsten beiden Haushaltsjahren alle Schulen mit moderner Breitbandtechnologie erschlossen werden.

Jetzt geht es los

Bis zum 31. Dezember 2020 gibt es nach bisheriger Planung einen Beigeordneten mehr als bislang. Ende 2020 erreicht der 1. Beigeordnete Rolf Steuwe (CDU) die Regelaltersgrenze für die Pensionierung.

Damit hat Bürgermeister Klaus Konrad Pesch für etwa 18 Monate ein verstärktes Leitungsteam, das wesentliche Ziele erfüllen kann: Abarbeitung von Rückständen, Neuordnung des Ordnungsamtes zu einem verstärkten integrierten Ordnungsdienst, grundsätzliche Überprüfung und Neuorganisation der IT, um auf der Grundlage des Glasfasernetzes Ratingen mit eGovernment, echtem Online-Bürgerbüro und Qualitäts- und Effizienzverbesserungen bei Verwaltungsabläufen zu generieren.

Dieser letzte Punkt ist ein wichtiges Ziel, da im letzten Jahrzehnt kein zuständiger Dezernent die Weiterentwicklung zum digitalen Ratingen grundlegend angepackt hat.



Für den Sportplatz „An der Lilie“ gibt es endlich ein tragfähiges Konzept.

Der Weg zum eGovernment

„Unter eGovernment im weiteren Sinn versteht man die Vereinfachung und Durchführung von Prozessen zur Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb und zwischen behördlichen Institutionen sowie zwischen diesen Institutionen und Bürgern durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien“. So heißt es im Lexikon.

Im wahren Leben könnte das bedeuten, dass man vom heimischen

Schreibtisch aus seinen Hund beim Amt anmeldet, seinen Umzug ähnlich kundtut und Bücher im Medienzentrum reserviert. Das ist auch den Stadtoberen inzwischen klar – und deshalb wurde ein ausgewiesener Fachmann wie Oliver Flohr einstimmig gewählt.

Unmittelbar unter seiner Leitung soll mit stetiger Unterstützung des eGovernment-Beauftragten die Zukunftsaufgabe gelöst werden.

ÖPNV muss besser werden

Das Verkehrsaufkommen steigt auch in Ratingen stetig. Festzustellen ist das vor allem in Zeiten des Berufsverkehrs. „Deshalb ist

Fahrzeug stehen lassen und Bus und Bahn nutzen“, erklärt CDU-Ratsmitglied Marion Weber den Antrag, den die CDU-Fraktion



Beim ÖPNV besteht nach Ansicht der CDU-Fraktion noch deutlicher Optimierungsbedarf.

es wichtig, den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) so attraktiv wie möglich zu gestalten.

„Schließlich sollen auch eingefleischte Pendler umsteigen – ihr

jetzt stellt. Darin fordert sie nämlich die Stadtverwaltung auf zu prüfen, welche Voraussetzungen für eine Verbesserung erforderlich sind und welche Kosten damit verbunden wären.

Der Plan betrifft die Verlängerung der Fahrtstrecke des Schnellbusses SB 51 (aus Kaarst kommend über die Haltestelle Düsseldorf Platz) bis S-Bahnhof Ost und die Verlängerung der Fahrtstrecke des Schnellbusses SB 55 (von Düsseldorf Hauptbahnhof kommend) bis Am Kessel in Breitscheid-Nord. Außerdem wäre die Einrichtung einer neuen Schnellbuslinie von Breitscheid über Lintorf zum Flughafenbahnhof sinnvoll.

Die Anpassung des Taktes der S-Bahn S6 ab Düsseldorf in Richtung Essen und zurück auf 20 Minuten an Samstagen, wie seit dem Inkrafttreten des neuen VRR-Fahrplans ab Düsseldorf in Richtung Köln und umgekehrt bereits möglich ist, müsse ebenfalls geprüft werden.

„Es ist wichtig, eine bessere und schnellere Anbindung der Stadtteile sowohl an den Flughafenbahnhof, den S-Bahnhof in Ost als auch an den Hauptbahnhof Düsseldorf zu schaffen, damit der Personennahverkehr zügig verbessert wird“, so Marion Weber.

Neue Flächen für den Wohnungsbau

„Jetzt können Städte und Gemeinden neue Flächen für Wohnungsbau, Gewerbe und Industrie bereitstellen“, freut sich Ewald Vielhaus, CDU-Vertreter des Kreises Mettmann im Regionalrat Düsseldorf. Mit seinem Aufstellungsbeschluss für den Regionalplan hat der Regionalrat Düsseldorf einen Meilenstein in der Entwicklung des Regierungsbezirks gesetzt.

Die Arbeit dafür hat sieben Jahre gedauert. Der Regionalrat und seine Ausschüsse hatten zuvor auf Betreiben der CDU-Fraktion einige zukunftsweisende Beschlüsse gefasst. „Damit haben wir klare Rahmenbedingungen geschaffen, was sowohl der Bevölkerung als auch den Kommunen und der Wirtschaft Planungssicherheit gibt“, so Ewald

Vielhaus weiter. „Die Aufgabe einer bedarfsgerechten Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen ist mit dem Aufstellungsbeschluss für den Regionalplan aber nicht abgeschlossen“, weiß Ewald Vielhaus. Sie bleibe vielmehr ein Prozess, den der Regionalrat mit der CDU-Fraktion an der Spitze aktiv begleiten und steuern werde.

Das gilt etwa für die in der Bevölkerung höchst umstrittenen Flächen für Windräder. So kündigte der Regionalrat in seiner Sitzung an, dass er die Regelungen zur Windenergie – einschließlich der Festlegung von Windvorrangzonen und Windvorbehaltzonen – kritisch überprüfen und gegebenenfalls neu regeln wird. „Der Regionalrat weist ausdrücklich darauf hin, dass das Ergebnis

dieser Prüfung auch der generelle Verzicht auf die Ausweisung von Windvorrangzonen und Windvorbehaltzonen sein kann“, heißt es in einem von CDU, FDP und Freien Wählern erfolgreich eingebrachten Beschlussvorschlag.

Begründung für den Zwischenschritt: Ein Warten auf die Änderungen des Landesentwicklungsplans würde bedeuten, dass den Städten und Gemeinden dringend benötigte zusätzliche Flächen fehlen, um dem bestehenden Siedlungsdruck begegnen zu können. „Die dynamische wirtschaftliche Entwicklung der Planregion darf nicht gefährdet werden. Dies wäre nicht vertretbar“, heißt es.